

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Kultur
Daniela Rathe, Telefon: 204-1241
Gesch. Z.: 4

Vorlage 450/2010
Datum 10.12.2010

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Kenntnis im:

Betreff: Änderung der Zuschussvereinbarung mit der Stiftung Kunsthalle Tübingen

Bezug: Vorlagen:

Anlagen: Bezeichnung: Änderungsvereinbarung zur Zuschussvereinbarung vom 17./19.12.2003
Stand 10.12.2010

Zusammenfassung:

Derzeit erfolgt die Endabstimmung der in der Anlage beigefügte Änderungsvereinbarung zur Zuschussvereinbarung mit der Stiftung Kunsthalle, Stand 10.12.2010, mit der Stiftung Kunsthalle. Zudem soll vor einer Beschlussfassung das Einverständnis des Regierungspräsidiums eingeholt werden.

Ziel:

Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der Stiftung Kunsthalle; Information des Gemeinderats über den aktuellen Verhandlungsstand.

Bericht:

1. Sachstand

Nachdem der Gemeinderat signalisiert hat, dass er der Mitte November von der Stiftung Kunsthalle vorgelegte Fassung zur Änderung der Zuschussvereinbarung nicht zustimmen wird, ist der Vorstand der Stiftung Kunsthalle Tübingen erneut an die Verwaltung herangetreten mit der Bitte nochmals Verhandlungen über die Gestaltung der Bezuschussung der Stiftung Kunsthalle Tübingen aufzunehmen. Diese Verhandlungen haben am 25.11.2010 stattgefunden, die vom Gemeinderat bestimmte Kommission wurde über die Ergebnisse am 29.11.2010 informiert. Derzeit erfolgt die Endabstimmung des Textes mit der Stiftung Kunsthalle. Zudem soll vor einer Beschlussfassung das Einverständnis des Regierungspräsidiums eingeholt werden.

2. Vorgehen der Verwaltung

Die in der Anlage beigefügte Neufassung der Zuschussvereinbarung ist derzeit bei der Stiftung Kunsthalle zur endgültigen Abstimmung und beim Regierungspräsidium Tübingen zur Genehmigung. Sobald beides vorliegt wird die neue Zuschussvereinbarung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Lösungsvarianten

Keine

4. Anlagen

Änderungsvereinbarung zur Zuschussvereinbarung vom 17./19.12.2003 Stand 10.12.2010

Ergänzungsvereinbarung zur Vereinbarung vom 17./19.12.2003
Neufassung unter Berücksichtigung des Besprechungsergebnisses vom 03.12.2010

Stand 06.12.2010

zwischen

**der Universitätsstadt Tübingen, vertr. durch den Oberbürgermeister, Herrn Boris Palmer,
Am Markt 1, 72070 Tübingen**

-Stadt-

sowie

der Stiftung Kunsthalle Tübingen, vertr. durch den Vorstand, Herrn Prof. Dr. Götz Adriani

-Stiftung-

1) Versorgungs- und Beihilfeumlage

Die Parteien sind darüber einig, dass die Stiftung der Stadt die an den Kommunalen Versorgungsverband zu leistenden Umlagen (Versorgungs- und Beihilfeumlage) die aus dem Beschäftigungsverhältnis mit Herrn Prof. Dr. Adriani resultieren, mit Wirkung ab dem 01.01.2010 in vollem Umfang erstattet, also in der Höhe, in der diese bei der Stadt für den gesamten Zeitraum, in dem Herr Prof. Adriani bei der Stadtverwaltung beschäftigt war, anfallen. Nachforderungen für die Vergangenheit werden von der Stadt nicht erhoben.

2) Solidaritätsbeitrag der Stiftung für die Jahre 2010, 2011, 2012 und 2013

In den Jahren 2010 bis 2013 leistet die Stiftung Kunsthalle Tübingen zugunsten des städtischen Haushalts einen Solidarbeitrag in Höhe von 25.000 € jährlich. Dieser Betrag wird im November eines jeden Jahres an die Stadt ausbezahlt. Dessen ungeachtet wird die Stadt in diesen Jahren weiterhin die vereinbarte Zuschusspauschale in Höhe von 465.000 Euro in monatlichen Raten an die Stiftung auszahlen.

3) Anpassung der Zuschusspauschale und Änderung der Zuschussvereinbarung vom 17./19.12.2003

Satz 3 der Ziff. 3 der Vereinbarung vom 17./19.12.2003 („Diese Pauschale bleibt 3 Jahre unverändert und wird danach neu ausgehandelt“) wird ab 01.01.2014 für die Dauer von 15 Jahren ausgesetzt und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Die Parteien dieser Vereinbarung sind berechtigt mit Wirkung ab dem 01.01.2014 über eine Anpassung der Zuschusspauschale in Höhe von 465.000 € einzutreten, wenn sich der Zuschussbedarf des städtischen Kulturhaushalts verändert. Die Höhe der Änderungsrate ist Anlass für Verhandlungen und Orientierung für die Ermittlung der neuen Zuschusspauschale; ein Rechtsanspruch auf eine entsprechende Erhöhung oder Reduzierung ergibt sich daraus nicht.

Bei der Ermittlung der Änderung des Zuschussbedarfs des Kulturhaushalts sind einmalige Sondereffekte wie z.B. Jubiläen, außergewöhnliche Änderungen bei der Bezuschussung des Landestheaters Tübingen im Verhältnis Stadt/Land nicht zu berücksichtigen. Nicht zu berücksichtigen ist eine Veränderung des Zuschussbedarfs auch dann, wenn sich diese nur aus der Umplanung einer bereits vorhandenen Haushaltsstelle aus einem anderen Einzelplan in den Einzelplan 3 oder aus dem Einzelplan 3 in einen anderen Einzelplan ergibt. Basis (100%) ist der Zuschussbedarf für den Kulturretat 2014.

Der Zuschussbedarf für den Kulturetat im Sinne dieser Vereinbarung errechnet sich aus der Differenz zwischen den Ausgaben und den Einnahmen im Verwaltungshaushalt des Einzelplanes 3 (ohne den Unterabschnitt Kirchen (derzeit UA 3700) mit Ausnahme folgender Positionen:

- Personalkostenveränderungen, soweit sie Stellen betreffen, die durch Drittmittel finanziert werden.
- Gebäudeunterhaltung (Gr. 5009)
- Steuern, Abgaben und Versicherungen (Gr. 5429, Gr. 5439)
- Reinigung und Bewirtschaftung (Gr. 5451, Gr. 5460, Gr. 5470, Gr. 5480)
- Ersätze und innere Verrechnungen (Gr. 6753, Gr. 6790)
- Abschreibungen (Gr. 6800)
- Verzinsung des Anlagekapitals (Gr. 6850)
- Zuschüsse an oder Erstattungen durch die Stiftung Kunsthalle Tübingen (Gr. 1411, Gr. 1670, Gr. 7000)

4) Außerordentliche Kürzung der Zuschusspauschale

a) Aus Anlass der Reduzierung des Ausstellungsbetriebs

Die Stadt ist berechtigt mit der Stiftung in Verhandlungen über eine außerordentliche Kürzung der Zuschußpauschale einzutreten, wenn folgende zwei Bedingungen in einem Jahr gleichzeitig erfüllt sind:

- (1) Die Aufwendungen für den Ausstellungsbetrieb liegen im zurückliegenden Wirtschaftsjahr unter dem Planansatz des Wirtschaftsplans der Stiftung und
- (2) zu erwarten ist, dass die Stiftung nach der Gewinn- und Verlustrechnung des laufenden Jahres einen Überschuss erwirtschaftet.

Eine eventuelle Kürzung der Zuschusspauschale erfolgt mit Wirkung für das Folgejahr und hat nach billigem Ermessen zu erfolgen.

b) Wegen finanzieller Notlage der Stadt

Darüber hinaus ist die Stadt auch dann berechtigt, mit der Stiftung in Verhandlungen über die Reduzierung der Zuschußpauschale einzutreten, wenn die Nettosteuerereinnahmen (alle Steuereinnahmen einschließlich der Finanzaufwendungen abzüglich Umlagen die aus Steuereinnahmen berechnet werden mit Ausnahme der Kreisumlage) von einem Kalenderjahr auf das folgende zurück gehen (finanzielle Notlage).

Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass in diesem Fall übereinstimmend nach billigem Ermessen eine Lösung gefunden werden muss, die eine dem kulturellen Anspruch der Kunsthalle entsprechenden Ausstellungsbetrieb weiter ermöglicht, aber auch einen Konsolidierungsbeitrag der Stiftung zum städtischen Haushalt unter Berücksichtigung des für alle anderen Kultureinrichtungen der Stadt üblichen sicher stellt.

5) Hinweis auf Ziff. 2 der Vereinbarung vom 17./19.12.2003

Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass die Ziff. 2.1 bis 2.4 der Vereinbarung vom 17./19.12.2003 nur noch insoweit Geltung besitzen, als die Stadt die Berechnung und Auszahlung der Löhne der bei der Stiftung beschäftigten Personen nur noch für diejenigen Personen wahrnimmt, die in einem Beschäftigungsverhältnis mit der Stadt stehen.

6) Salvatorische Klausel

Für den Fall der Änderung der dieser Vereinbarung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere für den Fall der Änderung der haushaltsrechtlichen Vorschriften und/oder der Darstellung des Haushaltsplanes verpflichten sich die Parteien, diese Vereinbarung den geänderten Gegebenheiten anzupassen und eine dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung möglichst nahe kommende Regelung zu finden.

Tübingen, den

Für die Universitätsstadt Tübingen

Für die Stiftung Kunsthalle Tübingen

Boris Palmer
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Götz Adriani
Vorstand